



Gebührenfreie Kitas:
Gründung des lokalen Bündnisses für beitragsfreie Kitas in Ulm am
20. November in Ulm

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

am 20. November wird die UN-Kinderrechtskonvention 30 Jahre alt. Dieses Jubiläum nimmt unser neues Bündnis für gebührenfreie Kitas in Ulm zum Anlass, für unser erklärtes Ziel der Gebührenfreiheit zu werben.

Allen Bündnispartnern geht es dabei darum, Familien gerade auch in Ulm zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im Südwesten zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen.

Am 20. November wird ein lokales Bündnis für gebührenfreie Kitas ins Leben gerufen und dies gemeinsam im Rahmen der nachstehenden gemeinsamen Erklärung bekräftigt.

Zum Hintergrund: Neben der SPD auf Landesebene als Initiatorin des Bündnisses haben sich im Frühjahr zwölf weitere Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien in einem Bündnis auf Landesebene zusammengeschlossen, um sich neben dem Ausbau und der Qualitätsentwicklung für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg stark zu machen. Es sind dies der DGB, verdi, die GEW, die IG Metall, pro Familia, die AWO, Landesverband Kindertagespflege, der ASB, die Naturfreunde, DIE LINKE, die SGK und neuerdings auch der Kinderschutzbund.

Dieses Bündnis wird nun ab dem 20.11.2019 auch vor Ort in Ulm aktiv.

Im März hatte die grün-schwarze Landesregierung das Anfang des Jahres von der SPD gestartete Volksbegehren für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg als rechtlich unzulässig erklärt. Daraufhin waren die Sozialdemokraten vor den Verfassungsgerichtshof gezogen. Dieser hat den Klägern nun vor einigen Wochen mitgeteilt, dass die mündliche Verhandlung zum Volksbegehren Anfang 2020 stattfinden soll. „Wir lassen uns nicht davon abbringen, Familien entlasten zu wollen – weder rechtlich noch politisch“, erklärten die Bündnispartner in Ulm gemeinsam. „Wir stehen hier zusammen und sind alle weiterhin guter Dinge“, erklärten die Bündnispartner dazu abschließend.

Diese Gründe sind für uns entscheidend:

1. Familien entlasten: Der Besuch einer Kita und die Betreuung in der Kindertagespflege kosten Familien auch in Ulm oft mehrere hundert Euro pro Monat und Kind. Durch die Abschaffung dieser Gebühren werden Familien effektiv finanziell entlastet.
2. Mehr Bildungsgerechtigkeit: Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiographie wird bereits im Kindesalter gelegt. Daher sollte jedes Kind von Beginn an die bestmögliche Förderung erhalten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
3. Kinderarmut bekämpfen: Einkommensschwache Familien sind trotz sozialer Staffelung von Kita-Gebühren überdurchschnittlich hoch belastet. Fallen die Kita-Gebühren weg, fördert dies die gesellschaftliche Teilhabe und die Bildungschancen von allen Kindern ganz ohne Stigmatisierung.
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der Besuch einer Kita und der Kindertagespflege sollen die Berufstätigkeit der Eltern ermöglichen und insbesondere Frauen den Weg zurück in den Beruf erleichtern. Kita-Gebühren sind jedoch eine Zugangshürde und wirken derzeit wie eine Steuer nur für Familien. So untergraben sie andere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
5. Gleiche Lebensverhältnisse: Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob der Besuch einer Kita mehrere hundert Euro kostet oder nichts. Durch die Unterstützung des Bundes und des Landes, wird es auch kleineren und finanzschwachen Kommunen möglich, beitragsfreie Kinderbetreuung zu gewähren.
6. Kinderfreundliches Baden-Württemberg: Baden-Württemberg hat beim Thema gebührenfreie Kita großen Nachholbedarf, denn zwölf von 16 Bundesländern haben landesweite Regelungen zur Reduktion von Kita-Gebühren oder wie Berlin sogar eine vollständige Gebührenfreiheit. Ein wohlhabendes Land wie Baden-Württemberg kann und muss sich die gebührenfreie Kita endlich auch leisten.
7. Handlungsbedarf in Ulm: in Ulm sind die Kita-Beiträge viel zu hoch. Dies haben auch andere Parteien und Organisationen mittlerweile erkannt. Ulm als reiche Stadt ist in der Lage, Eltern spürbar zu entlasten. Als Einstieg in die Gebührenfreiheit sollte zumindest die Gebührenfreiheit des letzten Kitajahres in der Regelbetreuung (bisher Stufe 1) eingeführt werden.

Unterzeichner:

Dr. Petra Wassermann, Erste Bevollmächtigte IG Metall Ulm

Maria Winkler, Geschäftsführerin, ver.di Bezirk Ostwürttemberg-Ulm

Bärbel Mauch, Regionsgeschäftsführerin, DGB-Südwestfalen

Hans-Peter Zagermann, NaturFreunde Ulm

Martin Ansbacher, Vorsitzender SPD Kreisverband Ulm und Fraktionsvorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion

Eva-Maria Glathe Braun, Kreisvorsitzende DIE LINKE Ulm, Stadträtin

Anja Hirschel, Kreisverband Die Piraten Ulm, Stadträtin